

Aufklärung!

Von der Einkaufsstelle der Gemeinschafts- und Kriegsküchen.

Vorgestern fand im Landtagsaal in der Herrngasse die Hauptversammlung des Zentralverbandes der Gemeinschafts- und Kriegsküchen in Wien und Niederösterreich statt. Der Verband umfaßt heute mehrere hundert Küchen, in denen an 130.000 Personen versorgt werden, spielt also im Ernährungshaushalt Wiens und Niederösterreichs eine große Rolle. Vorsitzender des Verbandes ist der Generaldirektor der Klassenlotterie Dr. Karl Ritter von Neupauer, der auch die Hauptversammlung leitete.

Die Tagesordnung geht hauptsächlich der öffentlichen Beschwerdeführung gegen die „Einkaufsstelle der Gemeinschafts- und Kriegsküchen“ an. Es wurde angeregt, die Verhandlungen dahin zu ändern, daß der bisher für die Gemeinschafts- und Kriegsküchen bestehende Zwang entfällt, ihren Lebensmittelbedarf bei der „Einkaufsstelle“ einzukaufen. Der Zwang bestand ursprünglich nur für den Bezug von staatlich bewirtschafteten Lebensmitteln, wurde aber allmählich auch auf andere Waren ausgedehnt.

Lebensmittelvergeudung.

Der Berichterstatter über diesen Punkt der Tagesordnung und einige Vertreter von Gemeinschafts- und Kriegsküchen begründeten eingehend ihre Forderung, von der „Einkaufsstelle“ unabhängig zu werden. Sie warfen der Einkaufsstelle besonders vor, daß sie nicht richtig geleitet wurde, ein Vorwurf übrigens, der schon vor Monaten im „Abend“ erhoben worden ist. In der Hauptversammlung wurde vorgebracht, daß die Einkaufsstelle in vielen Fällen Waren in viel größeren Mengen liefert als die Küchen beanspruchen und daß die Überbelieferung gar nicht in Rechnung gestellt werde. Es wurde erzählt, daß die Lieferungen der „Einkaufsstelle“ an die Küchen für jene Teilnehmerzahl erfolgte, die bei Gründung der Küchen angemeldet wurden, aber auch dann auf der alten Höhe bleibe, wenn die Teilnehmerzahl gesunken und eine entsprechende Abmeldung bei der Einkaufsstelle erfolgt war.

Die Redner führten diese Erscheinung auf die Geschäftsunkundigkeit der Leitung zurück. Sie begnügten sich im allgemeinen mit dieser Feststellung, im öffentlichen Interesse wird man aber diese Angelegenheit weiter verfolgen müssen. Der Zentralverband umfaßt, wie vorher mitgeteilt wurde, 130.000 Mitglieder. Jeder Küchenteilnehmer muß wöchentlich fünf Mehlmarken für Suppeneinlagen und Mehlspeisen abliefern. Wenn nun durchschnittlich für 2000 Menschen, die nur auf dem Papier als Küchenteilnehmer vorhanden sind, Mehl geliefert wird, so ergibt dies wöchentlich 500 Kilogramm. In der Woche, da die Behörden in Wien nur die halbe Mehlquote ausfolgen können, wird die Bevölkerung mit besonderem Vergnügen erfahren, daß bei der Berechnung mit einer einzigen Stelle wöchentlich 500 Kilogramm Mehl verschleudert werden können, ohne daß die

Aufsichtsbehörden auch nur eine Ahnung davon haben, dieselben Behörden, die die Gründung der Einkaufsstelle für wünschenswert erklärt haben, weil sie nicht mit jeder einzelnen Gemeinschafts- oder Kriegsküche verfahren könnten und die Berechnung mit einer gemeinsamen Stelle die Bedienung übersichtlicher und sicherer gestalte. Es zeigt sich, daß sie nicht einmal imstande sind, die von dort eintreffenden Mehlmarken zu zählen. Davon abgesehen, lassen die mitgeteilten Tatsachen ganz sichere Schlüsse auf die Gewissenhaftigkeit der Einkaufsstelle zu, die bei den Behörden als Verkörperung von 130.000 Menschen eine Vertrauensstelle einnimmt.

Provisionen!

Über diesen Punkt wurden zwar nicht in der Hauptversammlung aber vor und nach ihr in Besprechungen zwischen den einzelnen Abgeordneten der Gemeinschaftsküchen Dinge vorgebracht, die aus Unglaubliches grenzen, wie wir aber gestern durch Einblick in gewisse Schriftstücke und durch Erkundigungen ermitteln konnten, leider wahr und richtig sind. Abgesandte von Gemeinschaftsküchen brachten vor, daß der Reichsverband der Porzellan-, Steingut- und Glaswarenhändler, dann der Verband der österreichischen Eisenwarenhändler und die Sektion der Küchengerätehändler sich vor einigen Wochen veranlaßt gesehen hätten, eine gemeinsame Eingabe an die Statthalterei zu richten, in der verlangt wird, daß bei der Einrichtung neuer Kriegs- oder Gemeinschaftsküchen nicht immer einzelne Lieferanten bevorzugt, sondern die Geschäfte dieses Handelszweiges gleichmäßig bedacht würden. Veranlaßt wurde die Eingabe durch folgende Erfahrung: Wurde eine neue Küche gegründet und bewarb sich ein Geschäft um eine Lieferung (es kommen Kessel, Glas, Porzellan, Alufas, Küchengeräte, Papierservietten, Druckformen usw. in Betracht), so wurde ihnen von den mit der Gründung befaßten Personen mitgeteilt, daß die Einkaufsstelle bestimmte Geschäfte für diese Lieferungen empfehle. Die Küchenründer kauften auch gewöhnlich in diesen Geschäften, um es sich mit der Einkaufsstelle nicht zu verderben. Später aber machten sie die Beobachtung, daß andere Küchen, die sich an die Empfehlung nicht gehalten und anderswo eingekauft hatten, viel billiger einkauften. Es gab da Preisunterschiede bis zu 50 v. S., was jedesmal eine erhebliche Summe betrug, da eine Gemeinschaftskücheneinrichtung mehrere tausend Kronen kostet. Zur Rede gestellt, hat der Inhaber eines solchen teuren Geschäftes, der Firma Seini u. Rasper, u. a. erklärt, er habe nicht allein wegen des eigenen Verdienstes so teuer berechnet, sondern auch deshalb, weil er verpflichtet war, an gewisse Herren der Einkaufsstelle Provisionen zu zahlen.

Es liegt also die Beschuldigung vor, daß Personen der „Einkaufsstelle der Kriegs- und Gemeinschaftsküchen Niederösterreichs“ ihre Stellung dazu benützen, um Provisionen zu verdienen. Aufklärung muß hier baldigst erfolgen. Es sei der Genauigkeit halber hervorgehoben, daß die Empfehlung von Geschäftslieferanten nicht zum Wirkungskreis der Einkaufsstelle gehört. Ihre Aufgabe ist der Einkauf und die Verteilung von Lebensmitteln. Hier werden Umsätze erzielt, die viele Millionen betragen. Die Frage ist nicht von der Hand zu weisen, ob Leute, die beschuldigt werden, bei

Geschäftslieferungen Provisionen zu nehmen, mit Millionen-Einkäufen auch nur in entfernter Beziehung stehen dürfen. Man übersehe nicht, daß die Gemeinschaftsküchen in erster Linie eine Angelegenheit des proletarisierten Mittelstandes sind.